

Sozialdemokraten in Dinkelsbühl fordern eine schnelle Entlastung der B 25-Anlieger

Auch die SPD kritisiert Georg Schmid

Ein Beispiel der CSU-Politik seit vielen Jahrzehnten – Antrag an den Bundesvorstand der Partei

DINKELSBÜHL (rei) - Wenn der bayerische Innen-Staatssekretär Georg Schmid (CSU) behauptete, durch eine Sperrung der Bundesstraße 25 im Landkreis Ansbach sei der Raum Donau-Ries zu bestimmten Zeiten nicht mehr erreichbar, dann habe er „weiterhin Unrecht“. Dies betonte der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Dinkelsbühl, Bernd Lober, gegenüber der FLZ.

Schmid müsse als Staatssekretär von der 75-Kilometer-Zone wissen, die von der jetzt diskutierten Sperrung nicht betroffen sei. Somit könnten Lkw, die Waren anliefern oder von einem bestimmten Punkt in der Region starten, „selbstverständlich die Bundesstraße bis zur Autobahn benutzen“. Im Übrigen finde er es bemerkenswert, dass jetzt auch CSU-Politiker wie der Feuchtwanger Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt von einer „Volksverdummung“ durch Schmid sprechen. Dadurch werde deutlich, „was die CSU seit Jahrzehnten auf vielen Politikfeldern“ betreibe.

Beim Kampf der Städte und Gemeinden im westlichen Landkreis Ansbach gegen die immer stärkere Belastung durch Maut-Flüchtlinge gehe es ausschließlich um den Durchgangsverkehr. Der gehöre, so Lober, „nach wie vor auf die Autobahn“. Aktuelle Zählungen belegten, dass seit Einfüh-

rung der Autobahn-Maut der Verkehr auf der B 25 dramatisch angestiegen sei. Auch die Zahl der Unfälle mit Lkw-Beteiligung sei nach oben geschnellt. Dies zeige sehr deutlich, „dass der Schwerlastverkehr bei uns durch die Maut massiv angestiegen ist“. Erfahrungen der Polizei belegten, dass dies auch eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung mit sich bringe.

Somit sei es nicht akzeptabel, wenn von Seiten der CSU, konkret des Staatssekretärs Schmid, wirtschaftliche Interessen vorgetragen werden. Es sei generell fraglich, ob diese Argumente den Tatsachen entsprechen.

Für Bundesstraßen-Maut

Die SPD in Dinkelsbühl fordere nach wie vor, dass die möglichen Maßnahmen zur Entlastung der Anlieger umgesetzt werden. Dabei gehe es nicht nur um die jetzt diskutierte Sperrung zwischen 23 und 5 Uhr, sondern auch um eine Bundesstraßen-Maut. Von dieser Möglichkeit werde in Bayern bisher kein Gebrauch gemacht, ganz im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Bayern blockiere. Die Staatsregierung, sprich die CSU habe offensichtlich kein Interesse daran, ihre Bürger zu vertreten, sondern höre auf das, was ihr Wirtschaftsverbände und Unternehmer zuriefen.

In einem Antrag an den SPD-Bundesvorstand hat der SPD-Ortsverein

Dinkelsbühl dazu aufgefordert, dass sich die Parteispitze für ein gesetzlich geregeltes Autobahngebot für schwere Lastkraftwagen im Fernverkehr einsetzt. Um den bisher nicht einzudämmenden Mautausweichverkehr wirkungsvoll zu unterbinden, sollten Lkw ab einem Gesamtgewicht von zwölf Tonnen dazu verpflichtet werden, im Fernverkehr so lange wie möglich Bundesautobahnen zu benutzen. Lediglich der Nahverkehr (Entfernung vom Start- zum Zielort maximal 75 Kilometer) sei davon auszunehmen.

In der Begründung heißt es, auf der B 25 im Bereich Dinkelsbühl sei das Lkw-Aufkommen im Februar 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 74 Prozent auf 1105 Fahrzeuge pro Tag angestiegen. Im Januar 2005 seien es sogar 89 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum gewesen.

Zerstörung der Straßen

Dieser Anstieg bedeute nicht nur eine allgemeine Belastung durch Verkehrsbehinderungen, Lärm und Abgase in den betroffenen Kommunen sowie eine rasante Zerstörung der Straßen, sondern auch eine deutlich stärkere Gefährdung der übrigen Verkehrsteilnehmer.

Notwendig seien nicht Einzelmaßnahmen auf bestimmten Straßen, sondern eine bundesweit einheitliche Regelung.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.